

Spielberger



POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
19A041806 E



Nachrichten

Nummer 48, Mai 2020

Gemeindezeitung der KPÖ



Informationsblatt der Steirischen KPÖ Österreichische Post AG/Postentgelt bar bezahlt RM 19A041806 E, Aufgabe PA: 8720

Die Corona Krise braucht soziale Antworten

Das Leben im Murtal hat sich, wie auf der ganzen Welt, dramatisch geändert: Einschränkungen der persönlichen Freiheit, ein Niedergang der Wirtschaft und ein Stillstand im gesellschaftlichen und kulturellen Leben wie wir es uns vor der Corona-Krise nicht hätten vorstellen können. Viele sind betroffen, die längerfristigen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen sind noch gar nicht abschätzbar. Wir haben KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding interviewt.

Die Corona-Krise hat einige europäische Länder härter getroffen als andere, warum?

In Italien oder Spanien wurde das Gesundheitssystem in den letzten Jahren radikal gekürzt und privatisiert. Damit wurden EU-Vorgaben umgesetzt. In Österreich ist der Abbau zum Glück noch nicht so massiv. Doch auch bei uns wurde vieles verschlechtert. Im Bezirk Murtal gab es 2009 noch 512 Spitalsbetten, die wurden auf aktuell 450 reduziert. Nach den Plänen der ÖVP/SPÖ-Landesregierung soll die Bettenzahl bis 2025 auf 433 sinken. Die Zahl der Intensivbetten ist von 21 auf 18 gesunken, 2025 soll es nur noch 17 sein.



Welche Schlüsse muss man daraus ziehen?

Bettenreduzierungen und Spitalschließungen sind der falsche Weg. In Krisenzeiten zeigt sich wie notwendig Reserven sind. Es ist auch wichtig, dass es nicht nur große Zentralkrankenhäuser gibt. Denn wenn diese z.B. auf Grund von Infektionen geschlossen werden müssen, bricht die Versorgung ganzer Regionen weg. Auch Privatisierung im Gesundheitssystem dient nicht den kranken Menschen sondern den Profiten.



Wie ist hier die Haltung der KPÖ?

Wir als KPÖ fordern seit Jahren den Kahlschlag im Gesundheitssystem zu stoppen. Der von ÖVP und SPÖ beschlossene „regionale Strukturplan Gesundheit“, der Bettenreduzierungen und Spitalschließungen vorsieht, muss geändert werden. Einen entsprechenden Antrag hat die KPÖ bereits im Landtag einbracht. Gerade so sensible Bereiche wie Gesundheitswesen oder Pflege gehören in öffentliche Hand, Gewinnstreben hat hier nicht verloren.

Was sollte sich noch ändern?

Die schwere und verantwortungsvolle Arbeit im Gesundheits- und Pflegebereich muss aufgewertet werden. Der Personalnotstand muss durch eine Verbesserung der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen und nicht durch die Ausbeutung billiger Pflegekräfte aus dem Ausland behoben werden.

Welche Rolle spielt die EU?

In den vergangenen Jahren hat die EU – auch von Österreich – eine massive Senkung der Gesundheitsausgaben gefordert. Wie schon in der Finanzkrise zeigt sich auch in der Corona-Krise: Die EU ist keine Solidargemeinschaft. Ihr Zweck ist es die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Konzerne und Banken möglichst hohe Gewinne machen können, zB. durch eine Privatisierung des Gesundheitswesens. Übrigens, während die EU auf Tauchstation war schickten China oder Kuba medizinisches Personal und Material in besonders betroffene Gebiete.

Stichwort medizinische Produkte. Vieles ist derzeit auf dem Markt schwer und teuer zu bekommen.

Auch hier zeigt sich der Wahnsinn des globalisierten Kapitalismus. Um die Gewinne zu maximieren haben Konzerne viele Produktionen nach Übersee verlagert und die Regierungen haben das zugelassen. Besonders bei Medikamenten und medizinischen Produkten ist diese Abhängigkeit fahrlässig.

Fortsetzung ➔

Was müsste anders laufen?

In Zukunft muss dafür gesorgt werden, dass Produktion wieder regional stattfindet. Was regional hergestellt werden kann, soll regional produziert werden - im Interesse der Unabhängigkeit und des Klimaschutzes. Insbesondere im Bereich der Grundversorgung müssen der Staat und auch die Gemeinden wieder an Einfluss gewinnen. Wichtige Produktionen gehören in die öffentliche Hand. Vielleicht wäre das auch eine Chance. Unsere Region könnte sich z.B. um die Produktion von medizinischen Gütern bewerben.

Viele Menschen bangen um ihre Existenz.

Schon vor der Krise gab es viele Menschen die mit sehr wenig Geld auskommen mussten. Laut Umfragen haben 43 Prozent der Haushalte nun weniger Einkommen als vor der Corona-Krise, und niemand



weiß wie lange die Situation noch andauern wird.

Es braucht eine Vielzahl an Maßnahmen. In Österreich ist das Arbeitslosengeld mit einer 55%-igen Ersatzrate extrem niedrig. Wir fordern eine deutliche Anhebung, so würde auch die Massenkauftkraft weniger wegbrechen. Wir haben einen Antrag eingebracht, die Landesregierung solle sich beim Bund für eine Anhebung auf 70 Prozent einsetzen. Dieser Antrag wurde von ÖVP und SPÖ(!) abgelehnt.

Wir brauchen auch Investitionsprogramme für sinnvolle und nachhaltige Projekte. Unsummen werden z.B. für die Eurofighter oder die Airpower ausgegeben. Investitionen in die Erzeugung medizinischer Produkte und Medikamenten würden sinnvolle Arbeitsplätze schaffen.

Die Regierung hat Milliarden an Unterstützungsgeldern zugesagt?

Ja, aber es ist wichtig dass rasch geholfen wird und dass die Gelder auch dort ankommen wo sie wirklich gebraucht werden. Es darf nicht sein, dass Großbetriebe viele Millionen bekommen und Kleinunternehmen mit Kleinstbeträgen abgespeist werden. Bei Förderungen müsste auch die Ertragslage der vergangenen Jahre einbezogen werden. Wenn die öffentliche Hand höhere Fördungen vergibt muss sie dafür auch Firmenanteile bekommen.

Was geschieht in der Gemeinde?

Es gab eine Besprechung mit den Fraktionsführern

aller im Gemeinderat vertretenen Parteien. Unterstützungen, wie wie z.B. das das Aussetzen von Kindergarten- und Musikschulgebühren, wurden besprochen. Die Gemeinde hat einen Härtefonds zur Unterstützung von SpielbergerInnen die durch die Krise betroffen sind eingerichtet. Erste Ansuchen wurden bereits bewilligt.

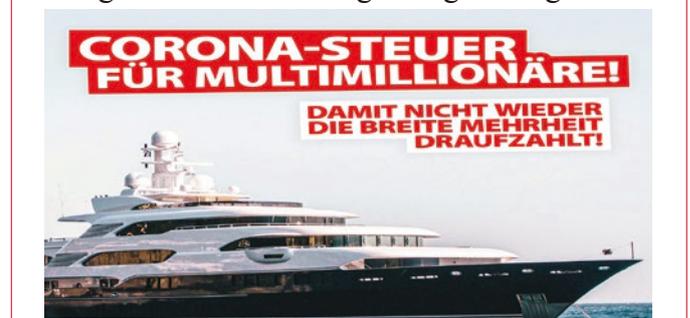
Wir haben auch auf die Notwendigkeit von Krisenwohnungen für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen hingewiesen. So etwas gibt es in der ganzen westlichen Obersteiermark nicht. Wir hoffen dass die Wichtigkeit zumindest jetzt erkannt wird. Auch der Ausbau der psychologischen Hilfe ist uns wichtig.

Auch den Gemeinden entgehen viele Einnahmen.

Die Gemeinden bekommen schon seit Jahren zu wenig Geld von Bund und Land. Das kritisieren wir schon lange. Mit der Krise werden die Finanzprobleme noch viel größer. Es braucht auch für die Gemeinden ein Hilfspaket.

Nach dieser Krise wird sich die Frage stellen wer für die Folgen bezahlt.

Eine Reichensteuer und eine Erbschaftssteuer sind das Gebot der Stunde. Jene Konzerne, Banken und Spekulanten, die an der Krise verdienen, müssen einen besonders hohen Beitrag zahlen. Österreich ist Schlusslicht in Sachen Vermögensbesteuerung. Das war schon vor der Krise eine Ungerechtigkeit und ist nun angesichts der schwierigen Lage untragbar.



Was gibt dir zu denken?

Ich habe vor einiger Zeit das Buch „Die Schock Strategie“ von Naomi Klein gelesen. Darin wird anhand zahlreicher Beispiele beschrieben wie die Reichen und Mächtigen jede Krise nutzen um ihre Interessen, auch mit brutalsten Methoden, durchzusetzen. In vielen Ländern wurden soziale und demokratischen Errungenschaften verschlechtert oder ganz zerstört.

Ich habe große Sorge, dass die arbeitenden Menschen die Verlierer dieser Krise sein werden. Auch der Abbau von BürgerInnenrechten und die Forcierung von Überwachungsmethoden stimmt mich nachdenklich. Es liegt an uns, das zu verhindern.

Wie hast du die letzten Wochen verbracht?

Trotz aller Besorgnis um die Zukunft hat sich gezeigt wie lebenswert unsere Region ohne den ständigen massiven Lärm sein könnte. Das kann und darf kein Widerspruch zu Arbeitsplätzen sein, sondern sollte als Auftrag verstanden werden durch technische und organisatorische Maßnahmen die in den letzten Wochen erlebte Ruhe zum „Normalzustand“ zu machen.

Zur Verschiebung der Projekte Volksschule Maßweg und Kinderkrippe

Heuer hätte die Sanierung der Volksschule Maßweg und der Bau einer Kinderkrippe über die Bühne gehen sollen. Die SPÖ hat beide Projekte wegen der unsicheren Finanzlage der Gemeinde aufgeschoben. Allerdings war diese Entscheidung im Gemeinderat umstritten. ÖVP, FPÖ und KPÖ haben sich bei der Abstimmung über die Verschiebung der Stimme enthalten.

In einer Vorbesprechung informierte Bürgermeister Manfred Lenger die Fraktionsführer aller Parteien von seiner Absicht die beiden Projekte zu verschieben. Einschätzungen, wie sich die Corona-Krise auf unsere Gemeindefinanzen auswirken wird, wurden allerdings nicht vorgelegt.

Entscheidung per Umlaufbeschluss

Nach Vorstellung der SPÖ sollte der Gemeinderat die Entscheidung über die Verschiebung ohne weitere Diskussion nur mittels eines Umlaufbeschlusses treffen. Das bedeutet, es sollte keine Sitzung geben sondern die GemeinderätInnen sollten ihre Entscheidung schriftlich übermitteln. ÖVP, FPÖ und KPÖ wollten eine so weitreichende Entscheidung nicht ohne Information über die Finanzlage und ausführliche Diskussion treffen.

In einem offenen Brief an den Bürgermeister ersuchten ÖVP, FPÖ und KPÖ den Bürgermeister um die Erstellung eines neuen Liquiditätsplanes der Gemeinde unter den geänderten Voraussetzungen, um die Evaluierung sämtlicher Investitionsprojekte und sämtlicher laufender Ausgaben und um die Erstellung einer Prioritätenliste unter Einbeziehung aller Fraktionen, sowie die Vorlage der Ergebnisse an den Gemeinderat zur Diskussion und Abstimmung. Eine Antwort auf diesen Brief gab es nicht.

Antrag abgelehnt

Nachdem ÖVP, FPÖ und KPÖ nicht an der Umlaufbeschlussfassung teilgenommen haben musste eine Gemeinderatssitzung durchgeführt. In dieser Sitzung haben ÖVP, FPÖ und KPÖ den Antrag gestellt, die im Brief genannten Anliegen umzusetzen. Der Antrag wurde von der SPÖ abgelehnt. Allerdings berichtet der Bürgermeister in der Sitzung über Prognosen bezüglich der zu erwarteten Einnahmerrückgänge.

In der darauffolgenden Diskussion wurden die jeweiligen Standpunkte diskutiert. Auf der einen Seite der Wunsch die Projekte angesichts der finanziellen Unsicherheit zurückzustellen. Auf der anderen Seite die Bedenken, dass es gerade jetzt wichtig sei Investitionen zu tätigen um die Wirtschaft anzukurbeln, dass es sich um ein Projekt handle, dass ohnehin über mehrere Jahre ausfinanziert werden müssen und es falsch sei gerade bei Bildungseinrichtungen zu sparen. Beide Sichtweisen sind durchaus nachvollziehbar,



Wir waren immer der Meinung, dass ein Schulbetrieb auf einem Standort, der die gesetzlichen Lärmgrenzen überschreitet weder für die Kinder, noch für die LehrerInnen tragbar ist. Entweder kann durch Verhandlungen mit den verschiedenen Lärmverursachern verbindliche Lärmreduktionen erreicht werden, oder die Schule soll auf einem anderen Standort neu errichtet werden. Das haben wir noch einmal bekräftigt.

Baukosten plötzlich 5,1 statt 4 Millionen!

Die Kosten für den Umbau der Volksschule waren mit 4 Millionen veranschlagt. Nun berichtete der Bürgermeister, dass die Kosten auf 5,1 Mio. ansteigen werden. Allerdings berichtete der Bürgermeister von dieser rund 27(!)-prozentigen Preissteigerung erst nach einer Anfrage von ÖVP-GR Karl Mayer.

Hätte es diese Anfrage nicht gegeben, hätte der Gemeinderat nichts über diesen Anstieg erfahren. Transparenz sieht anders. Auf die Frage nach den Ursachen dieser enormen Steigerung erklärte der Bürgermeister das liege in der Verantwortung der Planungsfirma. Eine höchst unbefriedigende Erklärung.

Alles nur Wahlkampf?

In einem Brief an alle SpielbergerInnen und im Gemeinderat beschwerte sich der Bürgermeister, dass die Aktivitäten der Oppositionsparteien nur Wahlkampfgetöse seien.

Vor einer so weitreichende Entscheidung, wie die Verschiebung von Millionenprojekten, Informationen über die Finanzlage zu verlangen und in einer Finanzkrise alle Projekte und Ausgaben diskutieren zu wollen sind für uns grundvernünftige Anliegen. Kritische Fragen zu stellen ist Aufgabe einer Opposition. Über Entscheidungen verschiedene Meinungen zu haben ist für uns nicht Wahlkampf, sondern Meinungsfreiheit und Demokratie.

Starke Einnahmeverluste zu erwarten: Wir brauchen einen Schutzschirm für die Gemeinden!

Die Ertragsanteile (Anteil der Gemeinden an den Steuereinnahmen des Bundes) und die Kommunalabgabe (eine Steuer, die Betriebe an die Gemeinde entrichten) sind die wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinden. Durch die Corona-Krise sind hier gewaltige Einnahmeverluste zu erwarten.



Die Einnahmen aus Steuern, wie der Lohnsteuer, der Mehrwertsteuer oder der Mineralölsteuer gehen gewaltig zurück. Dadurch bekommen auch die Gemeinden weniger Ertragsanteile. Durch Kündigungen fließt weniger Kommunalabgabe. Außerdem hat die Bundesregierung beschlossen, dass Betriebe bei Kurzarbeit keine Kommunalabgabe bezahlen müssen. Eine Erleichterung auf Kosten der Gemeindefinanzen. Für unsere Gemeinde wird nach bisherigen Schätzungen im schlechtesten Fall mit einem Einnahmerückgang von rund 1,9 Millionen Euro gerechnet.

Diese Einnahmeverluste müssen durch Ausgleichszahlungen des Bundes ausgeglichen werden.

Gemeinderatswahl am 28. Juni

Die für 22. März geplanten Gemeinderatswahlen wurden auf Grund der Corona-Krise verschoben, nun wird am 28. Juni gewählt. Der vorgezogene Wahltag hat bereits stattgefunden, die abgegebenen Stimmen behalten ihre Gültigkeit.

Viele BürgermeisterInnen von SPÖ und ÖVP haben sich für einen Termin vor dem Sommer ausgesprochen. Die Gemeindefinanzen werden auf Grund der Corona-Krise einen gewaltigen Einbruch erfahren. Deshalb haben viele BürgermeisterInnen Interesse daran rasch zu wählen bevor Differenzen um die Finanzierung der Gemeinden und Kürzungen bei verschiedenen Gemeindeleistungen spürbar werden.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding
Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

Die Gemeinden müssen ihren Leistungen aufrecht erhalten und weiter in ihre Infrastruktur investieren können. Fehlt den Gemeinden das nötige Geld trifft das sowohl die BürgerInnen, als auch die Wirtschaft.

Gibt es keinen Ausgleich der fehlenden Gemeindeeinnahmen durch den Bund, drohen Kürzungen bei den Gemeindeleistungen und Gebührenerhöhungen. Viele Menschen haben durch die Corona-Krise ohnehin weniger Einkommen und können keine zusätzlichen Belastungen verkraften.

Genauso wie für die Wirtschaft braucht es auch für die Gemeinden einen Schutzschirm. Sonst geraten die Gemeinden unter Druck Gemeindeeigentum zu verkaufen, der Privatisierungswahn würde weitergehen. Die PolitikerInnen aller Parteien sind aufgerufen sich für Ausgleichszahlungen an die Gemeinden einzusetzen.

Antrag der SPÖ angenommen

Die SPÖ hat in der letzten Gemeinderatssitzung den Antrag für eine Resolution an Bundesregierung und Parlamentsparteien eingebracht. Darin wurde ein Maßnahmenpaket für die finanzielle Absicherung der Gemeinden gefordert. Wir haben diesen guten Antrag gerne unterstützt, er wurde einstimmig angenommen.

Wir haben außerdem darauf hingewiesen, dass auch die Forderung nach einer Aussetzung der Landesumlage gestellt werden sollte. Die Landesumlage ist eine Abgabe, die alle Gemeinden an das Land zahlen müssen.

Im Jahr 2019 waren das für Spielberg immerhin 447.000 Euro.

Eurofighterflüge einsparen!

Die Wirtschaft, die Sozialkontakte und das kulturelle Leben sind in den letzten Wochen heruntergefahren worden.

Nur die Eurofighter sind nach wie vor über das Murtal gedonnert. Uns droht eine enorme Staatsverschuldung. Es ist unverständlich dass in Zeiten wie diesen die Eurofighterflüge nicht eingespart wurden.



P.S.: Eine Eurofighterflugstunde kostet zwischen 70.000 und 80.000 Euro. Ein Eurofighter erzeugt pro Flugstunde rund 11.000 kg CO₂.

Ermäßigung und Entfall der Lustbarkeitsabgabe?

Vor einiger Zeit war in den Medien zu lesen, dass sich der Besitzer der Spielberger Indoor-Karthalle auf Facebook darüber beklagt hat, dass ihm ein Nachlass der Lustbarkeitsabgabe von 50 Prozent versprochen wurde, es seien dann aber nur 30 Prozent geworden.

Dieser Nachlass wurde nicht im Gemeinderat beschlossen, es wurde darüber auch nicht berichtet. KPÖ-GR Erich Wilding stellte in der letzten Gemeinderatssitzung die Frage, wo dieser Nachlass beschlossen wurde und ob es noch andere Betreiber gäbe, denen ein Steuernachlass gewährt wurde.

Weiters ist uns aufgefallen, dass der Bürgermeister in den Medien und in der Gemeindezeitung in Hinblick auf die Veranstaltungsausfälle am Red Bull Ring von einem drohenden massiven Einnahmenseinbruch bei der Lustbarkeitsabgabe gesprochen hat.

Das ist uns unverständlich, da es ja einen Vertrag der Gemeinde mit dem Projekt Spielberg gibt. Wir wollten deshalb wissen, ob es Gespräche mit dem Projekt Spielberg gegen hat. Der Bürgermeister notierte unsere Fragen und erklärte, er werde sie in der nächsten Gemeinderatssitzung beantworten.

Straßensanierung

Der Auftrag für den Straßen- und Leitungsbau in der Ackergasse und am Grünangerweg erging um rund 118.400 Euro an die Firma Granit.

Zuvor gab es eine Diskussion, ob diese Sanierung angesichts der Finanzlage nicht ebenfalls zurückgestellt werden sollte. Der Bürgermeister erklärte, diese Straßen seien sehr desolat (wie leider viele Straßen in Spielberg), die Mittel für den Auftrag seien bereits rückgestellt und ein Anrainer warte dringend auf die Sanierung um seine Bauarbeiten fertigstellen zu können. Wir haben der Auftragsvergabe zugestimmt.

Formel 1 in Spielberg: Zweierlei Maß

In den letzten Wochen wurde uns eindringlich nahegebracht, dass wir unsere sozialen Kontakte massiv einschränken und Abstand halten müssen um Leben zu retten. Massive Einschränkungen gehören zu unserem Alltag. So dürfen z.B. in Restaurants künftig nur vier Personen an einem Tisch sitzen, beim Kirchenbesuch sind zwei Meter Abstand zu halten.

Nun soll möglicherweise die Formel 1 in Spielberg starten. Das bedeutet, dass hunderte, vielleicht auch tausende von Menschen aus vielen verschiedenen Ländern nach Spielberg kommen. Plötzlich wird alles getan um das möglich zu machen, obwohl niemand eine gesundheitliche Gefährdung unserer Bevölkerung wirklich ausschließen kann. Wirtschaftliche Interessen stehen also nach wie vor an erster Stelle.

Unser Büro ist wieder offen

Auf Grund der Corona-Ausgangsbeschränkungen mussten wir unser Büro in Knittelfeld schließen. Für Menschen, die Unterstützung gebraucht haben, waren wir aber telefonisch erreichbar. Nun ist unser Büro wieder geöffnet. Auch unsere nächsten Sozialsprechstunden sind bereits terminisiert.



Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher

Dienstag, 19. Mai

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld

Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Sprechstunde mit Sozialberatung

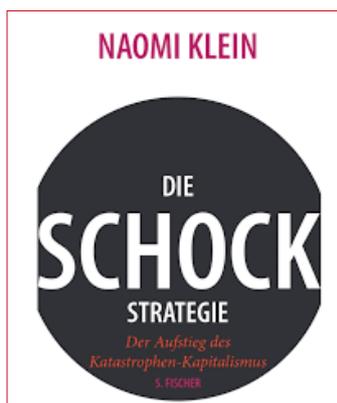
KPÖ-STR. Renate Pacher

Dienstag, 9. Juni

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld

Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Buchtipps



Naomi Klein

Die Schock Strategie

Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus

Grenzbereiche - vom Elend einer Pflegekraft

Der Erfahrungsbericht einer Pflegeassistentin, die seit 20 Jahren in einem Pflegeheim arbeitet:

Die im Pflegebereich tätigen Menschen bekommen nun besonders viel Aufmerksamkeit. Allerdings nur in Form von Worten und Beifallklatschen. In der Realität wurden die Beschäftigten in den Gesundheitsbereichen mit einer Gehaltserhöhung von 2,7 % abgespeist. Obwohl vor der Corona-Krise in Versammlungen und Demonstrationen die 35-Stundenwoche gefordert wurde, kommt nur die 37-Stundenwoche, und das erst ab 2022(!). Kein Wunder, dass viele Pflegekräfte frustriert und von der Gewerkschaft enttäuscht sind.

Dienstbeginn

um 6 Uhr. Die erste Hiobsbotschaft des Tages wird vom Nachtdienst verkündet: Eine Kollegin hat sich krankgemeldet. Nach Ersatz wird gesucht, aber es wird schwierig werden, um diese Uhrzeit jemanden zu erreichen. Die ersten Bauchschmerzen kündigen sich an. Eine Pflegeperson weniger heute. Das heißt für mich: Doppelt so schnell arbeiten. Wie soll das aber gehen?



Während meines Urlaubes sind neue BewohnerInnen eingezogen, die ich noch gar nicht kenne. Ich muss mir zuerst ihre Pflegedokumentationen durchlesen, damit ich weiß, wo sie Hilfe/Pflege benötigen. Aber wann soll ich das machen? Ich sollte bereits die ersten BewohnerInnen geduscht und mobilisiert haben und das Frühstück ist auch noch nicht fertig vorbereitet.

Eigentlich wurde mir versprochen, dass ich eine Heimhelferin zur Unterstützung bekomme, nur daraus wird wohl nichts. Diese musste nämlich als Begleitperson mit einer Bewohnerin, die soeben gestürzt ist, samt Rettung ins Krankenhaus fahren. Die Angehörigen haben für so etwas meistens keine Zeit und überhaupt nehmen sie an, dass dieses „Begleitservice“ im monatlichen Preis inbegriffen ist.

Mittlerweile ist es 8 Uhr vorbei und es hat sich natürlich kein Ersatz für die kranke Kollegin gefunden. Ich muss 15 BewohnerInnen völlig allein versorgen. Dies beinhaltet das Vorbereiten und Verabreichen des Frühstücks inklusive der Medikamente, Körperpflege, Toilettentraining und Inkontinenzversorgung, Kleiden, Mobilisation aus dem Bett, Gehübungen, Durchführung diverser vom Arzt verordneten Therapien, Blutdruck- und Gewichtskontrollen. Und das Bett sollte auch zwischendurch frisch bezogen werden. Und wenn möglich sollte das alles erledigt sein bevor das Mittagessen anrollt.

Wie viel Zeit benötigt ein junger, gesunder Mensch zum Verzehr seiner Speisen? Also wenn ich von mir ausgehe – und ich bin eine Genießerin, was das Essen betrifft – sitze ich beim Frühstück schon mal eine

Stunde. Beim Mittagessen natürlich nicht. Und jetzt kommt die Rechenaufgabe, deren Ergebnis jeden erstaunen lassen wird: Von 15 BewohnerInnen können zehn ihre Speisen und Getränke nicht mehr selbstständig zu sich nehmen.

Das heißt, die Verabreichung erfolgt durch eine Pflegeperson. Zur Verfügung steht mir eine knappe Stunde (eher weniger), in der ich zehn BewohnerInnen die Suppe, die Hauptspeise, Salat und Dessert verabreichen soll. Nicht zu vergessen die ausreichende Flüssigkeitszufuhr, die bei jedem Bewohner gegeben sein muss. Wie geht sich das nun rein rechnerisch aus?

Gar nicht. Und wie geht es sich in der Praxis aus? Kaum. Es ist eine Massenabfertigung im Eilzugtempo, bei der sich bitte niemand verschlucken oder gar aspirieren darf. Und weil noch viel zu wenig zu tun ist, meldet sich gerade die Wäschefirma und gibt bekannt, dass die Wäschebestellung für diese Woche noch nicht bei ihnen eingelangt ist. Bravo.



Eigentlich hätte das die Kollegin am Wochenende erledigen sollen. Zwischendurch betätigen viele BewohnerInnen den Glockenruf, der innerhalb einer gewissen Zeit quitiert werden muss (was natürlich interessant wird, wenn man gerade einen anderen Bewohner auf der Toilette oder in der Dusche nackt sitzen hat und ihn nicht allein lassen kann...).

Steiermark hat die meisten privaten Pflegeheime

Die Steiermark hat von allen Bundesländern die meisten privaten, gewinnorientierten Pflegeheime. Eingeleitet wurde diese falsche Entwicklung von der SPÖ. Die ÖVP, zu der das Resort später gewechselt ist, hält an dieser falschen Entwicklung fest. Die KPÖ hat im Landtag mehrfach den Antrag gestellt endlich aus der gewinnorientierten Pflege auszusteigen. Unser letzter Antrag wurde vor ein paar Tagen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Neos abgelehnt.

Kürzen im Gesundheitssystem ist verantwortungslos

Österreich hat im internationalen Vergleich immer noch ein gutes Gesundheitssystem. Aber der Druck, Kürzungen vorzunehmen ist auch bei uns spürbar. Woher kommt dieser Druck und was soll damit erreicht werden?

Mit der „Gesundheitsreform 2013“ wurde die Deckelung der Ausgaben für das Gesundheitssystem beschlossen. Das Wachstum der Gesundheitsausgaben wurde



an das Wachstum des BIP (Bruttoinlandsprodukt) gekoppelt. Das bedeutet, die Gesundheitspolitik darf sich nicht mehr an den Bedürfnissen der Menschen, sondern am Wirtschaftswachstum orientieren.

EU-Vorgaben wurden umgesetzt

Das ist absurd und menschenverachtend. Sind die Menschen in Zeiten eines sinkenden BIP, oder gar einer Rezession weniger krank? Damit wurden Vorgaben der EU umgesetzt. Die Gesundheitsausgaben wuchsen in den letzten Jahrzehnten jährlich durchschnittlich um 4,8%. 2016 wurde von Bund und Ländern ein „Deckel“ von 3,2% verordnet. Der Unterschied klingt nach wenig, doch die Auswirkungen sind dramatisch.

31,3 Milliarden Euro weniger

Wenn die Gesundheitsausgaben Jahr für Jahr um 1,6% zurückhinken werden uns bereits im ersten Jahr nach Einführung des „Deckels“ 448 Gesundheitsmillionen vorenthalten; nach fünf Jahr beträgt der aufgehäufte Fehlbetrag 7,4 Milliarden und nach zehn Jahren bereits unfassbare 31,3 Milliarden Euro.

2016 beschlossen Bund und Länder, dass der „Deckel“ von 3,6% jährlich um 0,1 % auf 3,2% im Jahr 2021heruntergeschraubt werden soll. Was hier in nüchteren Zahlen dargestellt wird hat im Leben der Menschen bereits schwerwiegende Auswirkungen.

4.500 Spitalsbetten weggekürzt

In vielen Bereichen kam es zu massiven Kürzungen und Verschlechterungen. So sank z.B. die Zahl der Akutbetten in den Spitälern im letzten Jahrzehnt um 4.500, 15% der Krankenanstalten wurden geschlossen, Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte mit Kassenvertrag ist im letzten Jahrzehnt gesunken, obwohl die Bevölkerung seither deutlich gestiegen ist. 2009 kamen rund, 980 Menschen auf eine KassenärztIn, 2018 waren es bereits 1.079.

Diese Politik war schon vor der Corona-Krise falsch. Die Corona-Krise zeigt, dass die „Deckelung“

der Gesundheitsausgaben völlig verantwortungslos ist. Diese Kürzungspolitik ist aber keine zufällige Fehlentwicklung sondern eine bewusste Weichenstellung in Richtung Privatisierung.

Es geht um Privatisierung

Das öffentliche Gesundheitswesen wird ausgedünnt. Ziel ist es, die Milliarden der Gesundheitsausgaben in Richtung private Betreiber umzuleiten. Auch in Österreich steigt die Anzahl der Privatkrankenkäuser, die „Zwei-Klassen-Medizin“ ist längst Realität.

Der Fortschritt in der Medizin hat neue Behandlungsmethoden gegen Krankheiten oder Leiden hervorgebracht, die früher nicht geheilt oder behandelt werden konnten. Das ist gut so und sollte uns auch etwas wert sein. Gesundheit ist eines unserer wichtigsten Güter. Nur eine gute Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand ermöglicht allen den Zugang zur besten medizinischen Versorgung.

Weg mit dem Deckel!

NIE WIEDER KÜRZEN BEI GESUNDHEIT UND PFLEGE!

Die Solidarwerkstatt hat eine Petition in Leben gerufen den Nationalrat zu bewegen, diese „Deckelung“ zu beenden und mehr Geld in Gesundheit und Pflege zu investieren.

Unterstützen Sie diese Petition!
Nähere Informationen: solidarwerkstatt.at

EU-Kommission fordert noch mehr Bettenabbau

Jahr für Jahr fordert die EU-Kommission von Österreich den rascheren Abbau von Spitalsbetten insbesondere im Akutbereich. Das hat Wirkung gezeigt: Im letzten Jahrzehnt wurden in Österreich 4.500 Akutbetten abgebaut.

Zufrieden ist die EU-Kommission damit noch lange nicht. Zuletzt wurde Österreich im „Länderbericht 2019“ erneut kritisiert:

„Die Zahl der verfügbaren Betten in der Akutversorgung (566 Betten je 100 000 Einwohner im Jahr 2015) ist zwar etwas niedriger als zehn Jahre zuvor (643 Betten pro 100 000 Einwohner im Jahr 2005), liegt aber mehr als 40 % über dem EU-Durchschnitt (402).“ (EU-Kommission, Länderbericht Österreich, 27.2.2019) .

Dass hinter den Verschlechterungen im Gesundheitswesen die EU-Spardiktate stehen, wird in unseren Medien tunlichst verschwiegen. In Italien ist diese Tatsache jedoch bekannt. Zwei Drittel der ItalienerInnen sehen mittlerweile die EU-Mitgliedschaft ihres Landes als Nachteil, 50% treten für den Austritt ihres Landes aus der EU ein.

Arbeitslosengeld: SPÖ stimmt gegen eigene Forderung

Die Coronavirus-Krise hat die Arbeitslosenzahlen in Österreich auf einen historischen Höchststand anwachsen lassen. In der Steiermark sind derzeit 70.000 Personen arbeitslos oder in Schulungen, 180.000 sind in Kurzarbeit.

Deshalb hat die KPÖ im Landtag den Antrag gestellt die Landesregierung solle von der Bundesregierung eine Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70 % des letzten Bezugs fordern. Eine Mehrheit kam aber nicht zustande. Der Antrag wurde von ÖVP, Neos und SPÖ(!) abgelehnt.

Soll sich der steirische Landtag dafür einsetzen, dass das Arbeitslosengeld auf 70% erhöht wird?

So stimmten die Parteien im Landtag

KPÖ ✓	SPÖ ✗	ÖVP ✗
FPO ✓	DIE GRÜNEN ✓	neos ✗

„Die Nettoersatzrate soll von 55 auf 70 Prozent erhöht werden“, ist auf der Webseite der SPÖ nachzulesen. Wie so oft stimmte die SPÖ im Landtag gegen eine von ihr selbst erhobene Forderung.

Hinter jedem einzelnen arbeitslosen Menschen steht ein Schicksal und eine Existenz. Über eine halbe Million Menschen in Österreich haben jetzt nur mehr etwas mehr als die Hälfte des ursprünglichen Gehalts zur Verfügung, da die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld nur 55 Prozent beträgt.

Das ist schon für eine kurze Zeitspanne schwer zu verkraften, zumal die monatlichen Fixkosten ja nicht weniger werden. Aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtsituation sehen nun die Chancen für eine schnelle Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt aber alles andere als rosig aus. Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes ist daher dringend geboten, um auch die Kaufkraft und somit die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Die Ablehnung unseres Antrags ist für uns nicht nachvollziehbar, besonders die Haltung der SPÖ ist unbegreiflich. Aus Angst, die ÖVP zu verärgern stimmten die SPÖ-Landtagsabgeordneten aus „Koalitionstreue“ gegen ihre eigene Forderung. Eine „sozialdemokratische“ Partei hätte die Aufgaben den Interessen der arbeitenden Menschen die Treue zu halten.

Österreich ist Schlusslicht beim Arbeitslosengeld

Von den Corona-Milliarden kommt nur etwa ein Zehntel direkt den arbeitenden Menschen zugute. Dieses Geld fließt in der Regel direkt zurück in den wirtschaftlichen Kreislauf und ist deshalb wichtig, um Kaufkraft und Arbeitsplätze zu erhalten.

Auch der ÖGB verweist auf die Notwendigkeit einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes: „In Österreich ist das Arbeitslosengeld im Verhältnis zum letzten Nettoeinkommen mit 55 Prozent aber auch international relativ niedrig. Arbeitslose Menschen sind jetzt und waren auch vor der Corona-Krise stark armutsgefährdet. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld lag 2018 monatlich bei ca. 960 Euro, das ist deutlich unter der Armutsgrenze von 1.259 Euro.“

SPÖ: Eine Welt voller Widersprüche

Die Gemeinde hat einen Corona-Härtefonds ins Leben gerufen. Der ist mit 50.000 Euro dotiert. Pro Familie werden einmalig 300 Euro ausbezahlt, für jedes Kind zusätzlich 50 Euro.

Das ist sicherlich eine Hilfe, aber ein begrenzter Betrag und nur eine Einmalzahlung. Obwohl die Lage unserer Gemeindefinanzen auf Grund der Corona-Krise triste ist, war der Beschluss einstimmig.

Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes wäre eine regelmäßige Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen und würde daher viel wirksamer helfen. Außerdem müsste diese Maßnahme nicht von den Gemeinden finanziert werden.

Es ist unverständlich warum die SPÖ im Gemeinderat, zu recht, ja zum Härtefonds sagt, aber im Landtag gegen die Forderung einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes stimmt. Wie unser örtlicher SPÖ-Landtagsabgeordneter, der gleichzeitig SPÖ-Fraktionsführer im Gemeinderat ist, mit diesem Widerspruch zu Rande kommt?

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet. Unsere Homepage: www.kpoe-steiermark.at Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook